

Kurzmeldungen

Der SLORC hat dem Japaner Prof. Yokota Yozo, **Beauftragter der UN-Menschenrechtskommission, die Einreise verweigert.** Stattdessen signalisierte er Bereitschaft, die Filipina Purificacion Quisumbing zu akzeptieren. Laut Einschätzung von Diplomaten will die UN-Kommission an Yozo festhalten und ggf. einen Bericht ohne die Entsendung eines Beauftragten vorlegen. (BP 26.6.91, AW 12.7.91)

Drei weitere führende **Oppositionelle der NLD** wurden Ende Juli in Oak-twin **verhaftet.** Khin Maung Win, Hla Nyint und Khin Tun wird vorgeworfen, sie hätten an illegalen politischen Versammlungen teilgenommen und regimefeindliche Reden gehalten. (BP 8.8.91)

Hla Nyein, **Leiter des NLD-Jugendflügels,** ist zusammen mit **16 Studenten verhaftet** worden. Sie sollen die Exilregierung an der thai-birmanischen Grenze mit Informationen und Medikamenten beliefert haben. (AW 16.8.91)

Finanzielle Unterstützung, besonders aus muslimischen Staaten, soll die **Guerilla der Rohingya Solidaritätsorganisation** (Vertreterin der birmanischen Muslime) laut Aussagen ihres Armeechefs Ezhar Mia suchen. Die buddhistische Regierung in Rangun solle bekämpft werden, bis es ein unabhängiges "Arakandesh" gebe, so Mias Stellvertreter. (BP 4.7./27.8.91)

Die größte **Flutkatastrophe** seit 50 Jahren überschwemmte im Südosten Birmas 80&000 ha Reisanbaugebiete. Hunderte von Häusern, Lagerhäuser, Schulen, Krankenhäusern, Straßen und Eisenbahnlinien wurden zerstört. Ein Mensch starb unmittelbar durch die Flutwelle. Die Büros der UN und einige Botschaften planen Hilfsmaßnahmen. Es wird befürchtet, daß der bis dahin stabile Preis für Reis steigen wird. (BP 9.8.91)

ASEAN will Demokratisierung Birmas durch "konstruktives Engagement" statt Druck

Der südostasiatische Staatenverbund ASEAN hat die Forderung der USA abgelehnt, die Militärregierung in Birma durch politischen und wirtschaftlichen Druck zur Machtübergabe an die gewählte zivile Regierung zu bewegen. Auf dem dreitägigen Außenministertreffen, das am 22. Juli im Anschluß an die ASEAN Konferenz in Kuala Lumpur begann, brandmarkte der stellvertretende US-Außenminister Robert Zoellick die anhaltende Brutalität des burmesischen Regimes. Das unterentwickelte und undemokratische Birma werde auf die Stabilität der Region wie ein Krebsgeschwür wirken.

Zoellick wandte sich an die Außenminister der sechs ASEAN Staaten und deren Dialogpartner, die EG, Japan, Kanada, Australien, Neuseeland und Südkorea. Während die USA am 22. Juli verstärkte Sanktionen gegen Birma bekanntgaben und die EG Ende Juli ein Waffenembargo verhängte, hatte Malaysias Premierminister Mahathir Mohamad in seiner Eröffnungsrede unmißverständlich eine Verknüpfung von Wirtschafts- und Menschenrechtsfragen ausgeschlossen. Der Westen solle dem Osten keine Menschenrechte predigen.

Die Außenminister schlossen sich diesem Tenor an. Statt einer Isolation Birmas, ermögliche vielmehr eine Politik des "konstruktiven Engagements", Schritte zur Demokratisierung. Raul Manglapus, philippinischer Außenminister, teilte US-Außenminister Baker mit, ASEAN werde versuchen, Birmas Aufmerksamkeit für die "Betroffenheit der Weltöffentlichkeit über die Geschehnisse" zu wecken.

Die All Burma Students' Democratic Front bezeichnete die ASEAN Haltung als "eine arrogante Verleugnung" der brutalen Unterdrückung in Birma. Sie forderten in einer in Bangkok veröffentlichten Erklärung, ASEAN solle die Menschenrechte über Wirtschaftsinteressen stellen.

Laut Einschätzung anderer Kritiker ist die Erwartung, die Junta durch "nette Gespräche" zu einer Kursänderung

zu bewegen, illusorisch und zum Scheitern verurteilt. Das Militärregime werde ein solches Vorgehen eher als ein Zeichen der Schwäche interpretieren.

Thailands Außenminister Arsa Sarasin traf am 9. August U Ohn Gyaw in Bangkok. Arsa warnte den stellvertretenden birmanischen Außenminister, auf weltweiten Druck gefaßt zu sein. Bei der diesjährigen Generalversammlung der UN würden die westlichen Länder versuchen, die Militärregierung zu verurteilen.

Auf U Ohn Gyaws Befürchtung, Raul Manglapus werde als ASEAN-Abgesandter ebenfalls Druck ausüben, versicherte Arsa, Manglapus werde Birma lediglich in seiner Eigenschaft als Außenminister der Philippinen besuchen. Der birmanische Minister teilte in dem Zusammenhang mit, aufgrund seiner Reisen nach Indien und China sei Birma noch nicht bereit, Manglapus zu empfangen.

vgl. BP 21., 23., 26.7., 10.8.91, 31.7.91, SZ 31.7.91, FEER 1.8.91

UN gegen Opiumanbau

Die UN finanzieren mit US\$ 1,3 Mio. ein Entwicklungsprogramm der Militärregierung gegen den Opiumanbau der Bergstämme, Kokang, Wa und Shan. Rangun habe erstmalig um eine solche Unterstützung ersucht. (vgl. BP 26.7.91)

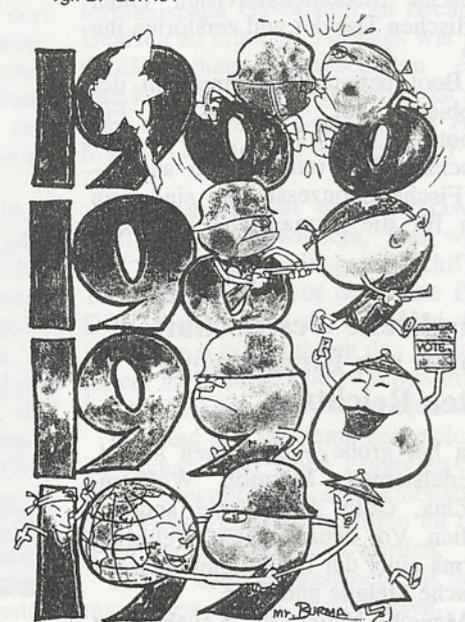
Sacharow-Preisträgerin Suu Kyi weiter unter Hausarrest

Am 10. Juli dieses Jahres erhielt Aung San Suu Kyi den Sacharow-Preis für die Freiheit des Geistes vom Europäischen Parlament. Da die ehemalige Generalsekretärin der Nationalen Liga für Demokratie (NLD) seit dem 20. Juli 1989 in Rangun unter Hausarrest steht, nahm ihr Sohn Kim den Preis in Straßburg entgegen.

Obwohl der Staatsrat für die Wiederherstellung von Recht und Ordnung (SLORC) sie mehrmals aufforderte auszureisen, blieb die 46jährige in ihrem Haus in Rangun. Birmas führende Dissidentin muß befürchten, daß ihr die Rückkehr verboten wird. Sie knüpft vier Bedingungen an ihre Ausreise: 1. Freilassung aller politischen Gefangenen; 2. Übergabe der Regierungsgewalt an die NLD, die im Mai '90 die Parlamentswahlen gewann; 3. die Möglichkeit, eine Rede im staatlichen Fernsehen zu halten, und 4., daß sie zu Fuß zum Flughafen gehen kann.

Unterdessen verlängerte der SLORC den Zeitraum für eine mögliche Inhaftierung ohne Anklage von drei auf fünf Jahre. Somit ist für Suu Kyi, die im dritten Jahr unter Arrest gehalten wird, eine Freilassung in nächster Zeit nicht abzusehen.

vgl. BP 12.7., 20.7., 11.8.91, TAZ 10.7.91



SLORC verkündet Wirtschaftswachstum von 5,6% - Gerüchte über Geldentwertung zurückgewiesen

Gerüchte über eine bevorstehende Geldentwertung haben Anfang August Panikkäufe in Birma ausgelöst. Beobachter berichteten, Unternehmer hätten 70 Kyat und 180 Kyats für die 90 und 200 Kyat-Noten (US\$ 14 und US\$ 31) geboten, die höchsten Banknoten, die in Umlauf sind. Der SLORC weist die Gerüchte als falsch zurück und droht, er werde ernsthafte Schritte gegen "habgierige Manipulatoren, die versuchten, die Wirtschaft zu destabilisieren", einleiten. Birma-Kenner halten die Geldentwertung des Jahres 1987 für einen Auslöser der Anti-Regierungsdemonstrationen im darauffolgenden Jahr.

Der SLORC gab für das Rechnungsjahr, das im März endete, ein Wirtschaftswachstum von 5,6% bekannt. Dabei verzeichnete er für den Bausektor und die Forstwirtschaft Wachstumsraten von 47,5% bzw 15,4%. Auch unabhängige Quellen, wie die Asian Development Bank, bestätigten einen wirtschaftlichen Boom. Beobachter halten die Wachstumsraten jedoch für irreführend. Das Militär verkaufte die natürlichen Ressourcen des Landes aus und investierte einen Großteil der Einnahmen in Rüstung. Niedrigste Schätzungen gehen von US\$ 500-600 Mio aus.

Zwischen 1987 und 1990 hat die Regierung laut ihres Jahresberichtes den Geldumlauf mehr als verdreifacht. Während sie eine jährliche Inflationsrate von 35% zugrundelegt, stufen Beobachter diese bei annähernd 50% ein.

Für das laufende Haushaltsjahr strebt der SLORC eine Wachstumsrate von insgesamt 4,9% an. Ein Defizit

von 10,9 Mio Kyat (US\$ 1,6 Mrd) ist dabei eingeplant. Dazu erwarten Beobachter, eine Steigerung des Rekordhandelsdefizites von US\$ 570 Mio des vergangenen Jahres um 40%. Mit einem Jahreseinkommen von knapp US\$ 200 pro Kopf bleibt Birma trotz seines Reichtums an Ressourcen und einer gebildeten Bevölkerung eines der ärmsten Länder der Welt.

vgl. BP 30.5., 26.7., 7.8.91, AW 19.7.91, FEER 8.8.91

Forderung nach Flüchtlingsstatus und dem Ende der Verhaftungen

38 birmanische Studierende protestierten am 2. Juli vor dem Hauptquartier der thailändischen Einwanderungsbehörde gegen die Abschiebung birmanischer Flüchtlinge. Sie wurden festgenommen. Zwei Tage darauf protestierten 350 Studierende und Mönche vor dem Gebäude der Hohen Kommissarin der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR). Sie übergaben eine 9-Punkte-Petition an UNHCR-Beschäftigte und an die thailändische Regierung. Erneut verlangten sie die Anerkennung als politische Flüchtlinge, protestierten gegen die Abschiebung birmanischer Studierender, sowie gegen die Verhaftungen vor drei Tagen. Die UNHCR machte bei einigen Punkten Zusagen.

Die Abschiebung hunderter Birmanen seit Mai war Anlaß für die Proteste. In Birma erwartet die illegal Ausgewanderten eine Strafe von 1500 kyats (ca. US\$ 230) oder ein halbes Jahr Haft. Die Abschiebungen folgten einer Kampagne gegen schätzungsweise 20.000 illegale birmanische ArbeiterInnen. Der Kommandant der zuständigen militärischen Sondereinheit behauptete, die Repatriierungsmaßnahmen betrafen

keine Asylsuchenden. Die UNHCR hat insgesamt 2500 Birmanen diesen Flüchtlingsstatus zuerkannt.

Mitglieder des thailändischen Innenministeriums, des Militärs und der Einwanderungsbehörde berieten über Maßnahmen gegen die Protestierenden. Pol Maj Gen Chaisit Karnvanakit sagte, die Studierenden seien eine Gefahr für die innere Sicherheit und versuchten thailändische Studierende für den Widerstand gegen Birmas Regierung zu gewinnen.

vgl. BP 5./6.6., 5./6.7., 17.7.91, NR 5.7./9.7.91

SLORC stellt ethnischen Rebellen begrenzte Autonomien in Aussicht

Geheime Friedensgespräche fanden Anfang Juli in der Nähe von Bangkok zwischen Repräsentanten der Kachin, Karen und Mon und drei Unterhändlern der birmanischen Militärregierung statt. Es sei zu keiner Vereinbarung gekommen, doch werden weitere Verhandlungen erwartet.

Die Palaung State Liberation Party hingegen gab am 17.7.91 einen Waffenstillstand mit dem SLORC bekannt. Die Partei war 1963 für den "Kampf um wahre regionale Autonomie" gegründet worden. Sie war im nördlichen Shan-Gebiet aktiv und stand vor dem Friedensvertrag der National Democratic Front (NDF) und der Democratic Alliance of Burma (DAB) nahe.

Bereits im Juni scheiterten Bemühungen der Kachin Independence Organization (KIO), Friedensgespräche zwischen dem ethnischen Widerstand und der Militärregierung zu initiieren. Der SLORC war nur zu Verhandlungen mit den Kachin, nicht mit der DAB bereit. Die DAB zeigte sich irritiert von dem "unilateralen" Vorstoß einer ihrer Mitgliedsgruppen.

Eine Verfassungsänderung, die begrenzte Autonomien der ethnischen Minderheiten festzuschreiben soll, stellte der SLORC am 7. August in Aussicht. Kritiker vermuten darin einen Versuch der Junta, mit einer "Teile und herrsche"-Taktik den Widerstand der Minderheiten zu schwächen.

vgl. NR 11.6., 8.7., 26.7.91, FEER 25.7.91, BP 8.8.91

Kurzmeldungen

Saw Maung, Vorsitzender des SLORC, wird evtl. **Thailand** im Dezember **besuchen**. Inzwischen hat Saw Maung seine erste Auslandsreise seit der Machtübernahme 1988 in die VR China angetreten. (BP 15./27.8.; NR 16.8.91)

Khun Sa, größter **Drogenhändler** Südostasiens, soll **Geschäfte** über die Bank of Credit and Commerce International (BCCI) abgewickelt haben. Ein Partner Khun Sas sagte, durch die Schließung der Bank werde Khun Sa voraussichtlich US\$ 300 Mio. verlieren. Auch die Regierung in Rangun hat nach Aussage des birmanischen Finanzministers Brig David Abel seit 1984 Geschäftsbeziehungen zu der Skandalbank unterhalten. (BP 3.8.91, The Nation 21.8.91)

Japan, Birmas größter Gläubiger, **erließ** im Mai US\$ 21,7 Mio **Schulden**. Birmas Auslandsschulden belaufen sich auf schätzungsweise US\$ 5 Mrd. Da Birma eines der am wenigsten entwickelten Länder ist, unterliegt Japan der Verpflichtung, nun zum dritten Mal, Schulden zu erlassen. **Frankreich** **erließ** Birmas **Gesamt-schulden** in Höhe von US\$ 83 Mio.. Nachdem die französische Hilfe 1988 eingestellt worden sei, würden auch keine Regierungsdarlehen mehr vergeben. (BP 15.6.91, B.U.R.M.A. Juli 91)

Birmas Landwirtschaftsminister Chit Swe **verlängerte** mit Ajva Taulananda, dem stellv. Landwirtschaftsminister Thailands, den **Fischereivertrag** bis zum 30. Mai 1992. Während Birma den Zugang zu seinen Fischgründen erleichtert, sicherten die Thais weitere Hilfe im technischen Bereich zu. Noch ohne konkretes Ergebnis blieben Gespräche über mögliche Joint Ventures in der fischverarbeitenden Industrie. (BP 2.8.91, The Nation 6.8.91)

